
Nordrhein-Westfalen – auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1

I. Prinzipien liberaler Bildungspolitik

Bildung entscheidet gleichermaßen über die Lebenschancen jedes Einzelnen wie über die Wohlfahrt unserer Gesellschaft insgesamt: Sie ist die Voraussetzung für den individuellen sozialen Aufstieg und Erfolgsfaktor unserer Volkswirtschaft im globalen Wettbewerb. Deshalb ist Bildung für die FDP ein **Bürgerrecht**. Sie hat für uns **politische und finanzielle Priorität**. Wir wollen Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum **Bildungsland Nr. 1 in Deutschland** machen: Von der frühkindlichen Bildung, über Schule und Berufsausbildung bis hin zum Hochschulwesen und zur Weiterbildung wollen wir uns mit den besten Ländern messen.

Ziel liberaler Bildungspolitik ist der **aufgeklärte Bürger**, der seine Freiheit lebt und als Individuum **Verantwortung** für sich und andere übernimmt. Dieses Ideal hat praktische **Lebenstüchtigkeit** im Alltag, die bestmögliche **Qualifikation** für das Erwerbsleben und die emanzipierte **Teilhabe an sozialen und kulturellen Gütern** als untrennbare und aufeinander aufbauende Voraussetzungen. Jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft eine in diesem Sinne ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung zu eröffnen, ist gleichermaßen Ziel wie Herausforderung liberaler Bildungspolitik. Liberale akzeptieren dabei allerdings die Tatsache, dass Menschen sich auch durch ihre Natur in der Leistungsfähigkeit sowie aufgrund ihrer eigenen Entscheidungen hinsichtlich ihrer Leistungsbereitschaft, ihren Bedürfnissen und Lebenszielen unterscheiden. Folglich kann keine Bildungsbiographie wie die andere sein. Unsere Bildungspolitik ist deshalb vom Kindergarten über die Schule bis zur Hochschule und zur beruflichen Ausbildung auf einem verpflichtenden Fundament aufgebaut und flankiert von den Prinzipien der **Wahlfreiheit** und der **Individualität**.

Liberale verteidigen die **Wahlfreiheit der Eltern**, über die Grundrichtung der Erziehung und die Bildungsbiographie ihrer Kinder zu entscheiden, solange diese noch nicht selbst mündig sind. Die Voraussetzung ist ein plurales Angebot an Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichen Profilen für alle Altersstufen. Wahlfreiheit findet aber ihre Grenzen im Recht des Kindes auf die bestmögliche Entwicklung seiner Anlagen. Ferner sind die objektiven Eingangsvoraussetzungen begabungsgerechter Bildungsgänge zu berücksichtigen und die öffentlichen Mittel in der für alle bildungsökonomisch effizientesten Weise einzusetzen. Das Elternrecht findet seine Entsprechung im Übrigen in der rechtlichen und ethischen Verantwortung, die Entwicklung ihres Kindes in der Familie bestmöglich zu unterstützen. Öffentliche Bildung kann über den gesetzlichen Pflichtkanon hinaus die Förderung im privaten Rahmen immer nur ergänzen und anregen, nie aber ersetzen.

Individuelles **Fördern und Fordern** sind in einem Bildungssystem keine Frage von Strukturen, sondern von Qualitäten. Sie setzt stabile persönliche Beziehungen zwischen Lernenden und Lehrenden voraus. Sie braucht engagierte Erzieher, Lehrer und Dozenten, die als Persönlichkeiten neben fachlichen Kenntnissen hinaus **Werte** vermitteln und deshalb die Anerkennung der Gesellschaft verdient haben. Sie gelingt ferner nur in einem Umfeld, das Aufmerksamkeit und Zuwendung für den Einzelnen in der Gruppe aller Lernenden sichert. Auch die Differenzierung in Alters- und Leistungsstufen dient diesem Ziel, weil sie die zur Überbrückung der Unterschiede in Lerngruppen notwendige Energie der Lehrenden reduziert. Dazu darf sie allerdings nicht so verfestigt werden, dass Einzelnen Aufstiegsmöglichkeiten genommen werden.

Aus Individualität und Wahlfreiheit folgt notwendig die **Autonomie** der Bildungseinrichtungen in finanziellen, personellen und organisatorischen Belangen. Durch sie kann den Eltern eine fachliche Profilierung des Bildungsganges angeboten werden, um Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft entsprechend ihrer individuellen Begabung zu fördern. Liberale begrüßen unterschiedliche pädagogische Konzepte in Verbindung mit **Transparenz** über Methoden und Ergebnisse. Der so entstehende **Wettbewerb** zwischen Bildungseinrichtungen sichert **Qualität** und stärkt die Wahlfreiheit der Eltern. Stärker autonome Bildungseinrichtungen brauchen allerdings zur Sicherung von Qualität, Vergleichbarkeit und Sicherung bester Bildungschancen in allen Landesteilen sowie für eine Freizügigkeit in Land wie Bund einen **staatlichen Ordnungsrahmen**.

Als Liberale beteiligen wir uns nicht an ideologischen Grundsatzdebatten, Gutachterschlachten und bildungspolitischen Experimenten zu Lasten von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen auf pragmatische Lösungen zur Verbesserung der Bildungsqualität und berücksichtigen Erfahrungswerte aus der Praxis.

Auf der Basis dieser Prinzipien will die FDP Kindern und Jugendlichen die Werte unserer Gesellschaft auf der Grundlage unserer Verfassung, Lebenstüchtigkeit im Alltag, Qualifikationen für ihr Berufsleben und den emanzipierten Umgang mit kulturellen Gütern vermitteln. Unser Anspruch ist, allen Kindern unabhängig von

ihrer sozialen Herkunft die Chance zur Entfaltung ihrer Talente zu eröffnen und sie zu individueller Leistung wie zu gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren. Die FDP ist Partner der Eltern, die ein auch im Alltag verlässliches und **qualitativ hochwertiges Bildungssystem** fordern, das ihren Kindern vielfältige Optionen für die Zukunft eröffnet. Die FDP ist Partner der Lehrerinnen und Lehrer, deren Engagement und Verantwortung für die Zukunft nicht hoch genug bewertet werden kann. Die FDP ist Partner der Kommunen wie der privaten Schulträger, die Unterstützung brauchen, um auch in Zeiten eines demographischen und sozio-technischen Wandels leistungsfähige regionale Bildungslandschaften zu sichern.

II. Perspektiven liberaler Bildungspolitik

In Nordrhein-Westfalen hat die FDP seit der Übernahme der Regierungsverantwortung von Rot-Grün auf der Basis dieser Grundüberzeugungen bereits eine **Trendwende** erreicht: Es ist uns gelungen, wieder Vertrauen in ein leistungsfähiges Bildungssystem aufzubauen. Die schulische Qualitätsoffensive mit einer Fokussierung auf individuelle Förderung, verlässlich erteilten Unterricht, massiven Ausbau von Ganztagsangeboten für alle Schulformen und unterlegt mit rund 7.000 zusätzlichen Lehrerstellen wird die FDP weiterführen.

In Konkretisierung des Beschlusses des FDP-Landesparteitags vom 19. April 2008 formulieren wir folgende Perspektiven liberaler Bildungspolitik:

1. Mehr Ressourcen für mehr Bildungsqualität

Im kommenden Jahrzehnt werden die Zahlen der Kinder im Kindergarten und der Schülerinnen und Schüler deutlich zurückgehen. Der demographische Wandel sorgt dafür, dass in der nächsten Legislaturperiode landesweit rund 10 Prozent weniger Schüler unsere Bildungseinrichtungen besuchen. Dadurch werden Ressourcen frei. Diese so genannten „Demographiegewinne“ wollen die Freien Demokraten wie bereits in der laufenden Legislaturperiode im System erhalten, um die Bildungsqualität weiter zu verbessern.

Darüber hinaus werden wir weitere Anstrengungen zur personellen Ausstattung der Schulen unternehmen. Die FDP hatte in ihrem Programm zur Landtagswahl 2005 die Schaffung von 8.000 zusätzlichen Lehrerstellen für notwendig erachtet, die Union wollte 4.000 Stellen bereitstellen, die rot-grüne Koalition dagegen 16.000 Stellen streichen. Zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2010 werden gegenüber 2005 im Ergebnis 6.915 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen worden sein. Wir halten indes an unserer ursprünglichen Forderung fest: Wir wollen also **bis 2015 weitere 1.000 zusätzliche Lehrerstellen** schaffen.

Diese Personalverstärkung ist auch notwendig, um die Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen weiterzuentwickeln und die Qualität der Lehrerweiterbildung deutlich zu verbessern. Hochwertige und verlässliche **Ganztagsangebote an allen Schulformen** der Sekundarstufe I sind ein wesentlicher Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben, zur Integration und zur Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler. Die Koalition aus FDP und Union wird in dieser Legislaturperiode 250 Ganztags Hauptschulen mit erweitertem Stellenzuschlag sowie insgesamt 216 Ganztagsrealschulen und -gymnasien geschaffen haben. Unser Ziel ist es, mittelfristig **Schülern an allen Schulformen einen verlässlichen Ganztagesplatz anbieten** zu können. Dazu ist bis 2015 insbesondere der Ausbau der Ganztagsgymnasien und -realschulen zu forcieren.

Ein zentraler Baustein für hochwertige und verlässliche Ganztagsangebote an den weiterführenden Schulen ist eine geregelte Über-Mittag-Betreuung inklusive der Ausgabe eines warmen Mittagessens. Dazu benötigen die Schulen u.a. eine erweiterte sächliche Ausstattung. Mit dem "1000-Schulen-Programm" hat die Landesregierung bereits einen Anfang gemacht. Das Land NRW soll den bedarfsgerechten Ausbau der Schulen in NRW forcieren. Das Land NRW wird mit seiner Ganztagsoffensive nicht nur den Bau von Mensen und Aufenthaltsräumen, sondern auch die pädagogische Übermittagsbetreuung fördern. Dies gilt sowohl für diejenigen Schulen, die gemeinsam mit den jeweiligen Städten und Kommunen bereits umfassende Konzepte ausgearbeitet und einen entsprechenden Förderantrag an das Land NRW zum Ausbau und zur erweiterten Ausstattung ihrer Räume gestellt haben, als auch für diejenigen Schulen, die derzeit noch Konzepte entwickeln und zu einem späteren Zeitpunkt eine entsprechende finanzielle Unterstützung benötigen.

Vielorts befinden sich Schulgebäude und Sachausstattung in einem beklagenswerten Zustand. Wir wollen deshalb in Abhängigkeit von der Konsolidierung der Landesfinanzen zusätzlich zur Bildungspauschale ein **Landesprogramm zur Verbesserung der räumlichen und technischen Infrastruktur** der Schulen konzipieren: Die FDP will insbesondere sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu **modernsten Fachräumen für den Unterricht in Naturwissenschaften, Technik und Informatik** erhalten. Dafür wollen

wir auch Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft verbessern.

2. Mehr Freiheit für Bildungseinrichtungen

Die FDP will die pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie und damit die Qualität der Schulen durch ein „**Schulfreiheitsgesetz**“ nach dem Vorbild unseres liberalen Hochschulfreiheitsgesetzes erhöhen. Das im Aufbau befindliche Qualitätsmanagement kann Schulen im Wettbewerb mehr Gestaltungsfreiheit einräumen, optimale Fördervoraussetzungen für die ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Wir werden die rechtlichen und fachlichen Möglichkeiten prüfen, allen Schulen budgetierte Mittel zur eigenen Bewirtschaftung für Personal und Sachkosten zur Verfügung zu stellen. Das Budget speist sich in diesem Modell aus staatlichen und kommunalen Mitteln auf der Basis der durchschnittlichen Kosten pro Schüler der jeweiligen Schulform. Zusätzlich zu dieser Methode der Budgetzuweisung ist ein Modell zu entwickeln, durch das Schulen mit außerordentlichen Belastungen (z.B. in sog. „sozialen Brennpunkten“) durch weitere Landesmittel in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden können. Die heute schon immer mehr verschwimmende und überkommene Grenze von inneren und äußeren Schulangelegenheiten überwinden wir damit. Diese **Finanzierungsfreiheit** erlaubt rasche und unbürokratische Schwerpunktbildungen in Hinsicht auf das Schulprofil und die konkreten Bedürfnisse vor Ort und geht einher mit der dezentralen **Personalfreiheit** der einzelnen Schule, ihre Lehrer – auch losgelöst vom bisherigen Beamtenrecht – nach eigenen Kriterien auszuwählen, nötigenfalls Zeitverträge abzuschließen, leistungsabhängige Zulagen zu gewähren und das Lehrerkollegium durch andere Professionen zu ergänzen. Damit könnten die öffentlichen Schulen die gleichen Freiheiten erhalten, über die Privatschulen und viele Schulsysteme im Ausland bereits heute erfolgreich verfügen.

Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird heute mittels externer Evaluation durch die Schulinspektion, mit Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten sowie vor allem durch mindestens teilzentrale Aufgabenstellungen in den Prüfungen bei Schulabschlüssen (Mittelstufenprüfung und Abitur) sichergestellt. Wir fordern ferner ein veröffentlichtes Schulranking, das sich nicht nur an reinen Leistungsdaten, sondern an harten und weichen Profilen der Schulen orientiert. Für Liberale ist selbstverständlich, dass dabei von gleichwertigen personellen und räumlichen Ausstattungsstandards auszugehen ist. Ein solcher Vergleich zeigt Qualitäten und Erfordernisse auf, soll einen weiteren Motivationsschub einleiten und ermöglicht den Eltern eine qualifizierte Wahl der jeweiligen Schule für ihre Kinder.

Ersatz- und Ergänzungsschulen bereichern die Schullandschaft vielfach durch innovative pädagogische Ansätze und sie erweitern die Wahlmöglichkeiten der Eltern. Schon heute besteht eine steigende Nachfrage. Deshalb sprechen sich die Freien Demokraten für eine **Privatschulinitiative** aus: Land und Kommunen sollten interessierte private Träger durch aktive Beratung im Gründungsprozess und andere Maßnahmen unterstützen. Möglich wären hier günstige Gründungsdarlehen, die Bereitstellung von Materialien oder die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten, wie z.B. Turnhallen. Auf diese Weise können private Verantwortungsgemeinschaften gestärkt werden.

Die FDP fordert den flächendeckenden Einsatz von **Schulverwaltungsassistenten** zur bürokratischen Entlastung der Schulleitungen und zur Befreiung der Lehrkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben. Die entsprechenden Verwaltungsmitarbeiter dürfen nicht auf den Lehrkörper angerechnet werden.

3. Qualität des Gymnasiums sichern

Die Schülerzahl der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Quote der Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule in den gymnasialen Bildungsgang wechseln wollen, steigt nach wie vor. Damit wachsen die Anforderungen an diese Schulform, ihre Qualität unter veränderten Rahmenbedingungen zu behaupten.

Die Freien Demokraten wollen das **Gymnasium stärken** und seinen Charakter als Vorbereitung auf eine Hochschulausbildung betonen. Wir wollen dazu zum einen den begonnenen Ausbau von Ganztagsangeboten an den G8-Gymnasien forcieren (siehe oben). Zum anderen stehen wir weiter zu der im Schulgesetz fixierten leistungsorientierten Reform der gymnasialen Oberstufe.

Die Gruppe der Gymnasiasten ist gewachsen, die keine akademische Ausbildung anstreben, aber keine Alternative mehr in anderen, stärker beruflich orientierten Schulformen sehen. Deshalb müssen die Qualität und damit die **Attraktivität der Angebote außerhalb des Gymnasiums** weiter verbessert werden. Diesem Ziel dienen unter anderem die von uns in Regierungsverantwortung realisierten Qualitätsmaßnahmen für die

Haupt-, Real- und Gesamtschulen, die von uns angestrebten neuen Handlungsmöglichkeiten für die Weiterentwicklung der regionalen Schulautonomie (siehe unten) und die Profilierung berufsgymnasialer Angebote. Wir fordern ferner eine grundlegende Neuausrichtung der Schnittstellen und Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen und Schulformen sowie die rechtliche Flexibilisierung von Zugangsvoraussetzungen, insbesondere im zweiten Bildungsweg, und die erleichterte Hochschulzulassung für beruflich Qualifizierte. Keine Bildungslaufbahn darf in einer Sackgasse enden.

Die sich in Folge der höheren Übergangsquote heute stärker als früher unterscheidenden Bedürfnisse und Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler machen eine **Weiterentwicklung der Förderbedingungen am Gymnasium** erforderlich. Wir wollen eine individuellere Förderung durch eine Verkleinerung der Klassen. Langfristig ist eine Klassengröße von maximal 20 Schülern anzustreben. Wir fordern zudem den Einsatz von fachlich geeigneten Persönlichkeiten in Verantwortung der einzelnen Schule, die Lehrer fürzelförderung oder Alltagsaufgaben entlasten. In Abhängigkeit von der Haushaltskonsolidierung des Landes prüfen wir ergänzend, ob und welche außerunterrichtlichen Förderangebote und Qualitätssteigerungen durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer erreichbar wären.

Häufiger als bisher muss den besonders interessierten und begabten Schülerinnen und Schülern eine **Individualisierung ihrer gymnasialen Schullaufbahn** durch den generellen Wechsel in eine andere Jahrgangsstufe, die nur fachbezogene Teilnahme am Unterricht höherer Klassen (so genannte „Drehtürmodelle“) oder das fachbezogene Frühstudium statt Fachunterricht eröffnet werden.

4. Regionale Schulautonomie erhöhen

Die FDP will **das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln**. Der demographische Wandel und der veränderte Elternwille führen dazu, dass sich die Rahmenbedingungen für das weiterführende Schulwesen regional immer stärker unterscheiden werden. Wir wollen auf diese Entwicklung mit der Erweiterung der Entscheidungsfreiheit vor Ort und durch **neue Möglichkeiten antworten, eine für die örtlichen Gegebenheiten und Wünsche passgenaue Schulstruktur** zu entwickeln.

Damit grenzen wir uns von Bildungskonservativen ab, die sich verändernde Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Zugleich wenden wir uns gegen all diejenigen, die sinkende Schülerzahlen und Bildungsstudien nur vorgeben, um in Wahrheit egalitäre gesellschaftspolitische Vorstellungen durch ein Einheitschulsystem anzustreben, das nicht zur deutschen Bildungstradition passt, das pädagogisch einem gegliederten Schulsystem unterlegen ist, das immense Umstellungskosten verursacht sowie Eltern, Lehrer, Hochschulen und Wirtschaft über eine ganze Generation zutiefst verunsichern würde. Deswegen sollen ab dem Schuljahr 2009/2010 keine Neugründungen von Gesamtschulen mehr genehmigt werden.

Die FDP will neue **Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zulassen**, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Dies bedeutet zugleich, dass wir heute erfolgreich arbeitende und demographiefeste Schullandschaften nicht in Frage stellen. Diese Schulform neuen Typs soll im Sinne einer **differenzierten Regionalschule („regionale Mittelschule“)** auch bei sinkenden Schülerzahlen das Angebot äußerlich differenzierter Bildungsgänge und den Zugang zu mittleren Abschlüssen mit hohem qualitativen Anspruch garantieren. Geeignete Schüler können im Anschluss die Fachhochschul- oder die allgemeine Hochschulreife erwerben. Damit möglichst viele Schüler einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können, wollen wir institutionelle Barrieren abbauen und hierzu unter anderem Kooperationen mit (berufs-)gymnasialen Oberstufen stärken.

Wir werden die im Schulgesetz bestehenden Möglichkeiten zur Einrichtung von Schulverbänden für dieses Ziel konzeptionell und in ihrer Anwendungsbreite weiterentwickeln, beispielsweise indem auf den besonderen Genehmigungsvorbehalt der Landesregierung verzichtet wird.

5. Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer verbessern

Die Freien Demokraten haben die **Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer neu gestaltet**. Wir werden Studierenden im Rahmen eines konsekutiven Studiengangs mit Bachelor- und Masterabschluss frühzeitig Praxiserfahrungen vermitteln und ihre pädagogischen Kompetenzen stärken. Dabei wird die Fachlichkeit nicht vernachlässigt. Das Lehramt für die Grundschulen wird im Zuge dessen aufgewertet. Die Kompetenz der Hochschulen bei Konzeption und Angebot der entsprechenden Studiengänge haben wir im Rahmen notwendiger staatliche Rahmenseetzungen und Zielvereinbarungen ausgebaut.

Bislang betragen die Investitionen in die Lehrerfortbildung nicht einmal 0,5 Prozent des gesamten Personalbudgets für den Schulbereich. Die Mittel für die **Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern müssen schrittweise auf einen 1,5-prozentigen Anteil erhöht** werden. Eine deutliche Steigerung wissenschaftlich begleiteter Weiterbildungsangebote braucht ein entsprechendes Anreizsystem, ähnlich dem Punktesystem für die Weiterbildung von Medizinerinnen. Neben unterrichtsbegleitenden Maßnahmen fordern wir die **Einführung eines Fortbildungssemesters**. Spätestens alle zehn Jahre soll es jeder Lehrerin und jedem Lehrer ermöglicht werden, sich ein halbes Jahr in den Ausbildungszentren der Hochschulen fortzubilden, sich mit der neuesten Fachdidaktik vertraut zu machen und neue Impulse für den Unterricht zu erhalten. Umgekehrt ermöglicht dieser Austausch einen näheren Praxisbezug für die sich im Lehramtsstudium befindlichen Studierenden. Für Schulleitungen müssen spezielle Weiterqualifikationsmaßnahmen entwickelt werden.

6. Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Förderung

Das Bewusstsein für die Bedeutung der frühen Kindheit für das lebenslange Lernen ist gewachsen. Mit dem Kinderbildungsgesetz („KiBiz“) ist der Koalition ein wichtiger Schritt zum Ausbau des Platzangebotes für unter Dreijährige gelungen. Auf Initiative der FDP wird beispielsweise im Kindergartenjahr 2010/2011 ein Rechtsanspruch ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr eingeführt. Die FDP macht sich nunmehr für eine **Qualitätsoffensive in der frühkindlichen Förderung** stark.

Mit dem Kinderbildungsgesetz ist der Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen präzisiert und die Zusammenarbeit mit den Grundschulen verbindlicher geregelt worden. Die Sprachförderung wurde erheblich intensiviert. Bereits seit einigen Jahren liegen weitere Materialien vor, die auf Basis der pädagogischen Freiheit der Kindertageseinrichtungen Mindeststandards und Empfehlungen beschreiben („Bildungsvereinbarung“ und „Schulfähigkeitsprofil“). Die Freien Demokraten fordern, diese Einzelbestimmungen sowie die grundlegenden Curricula der Grundschule in einem **„offenen Bildungskonzept 0-10“** zusammenzuführen. Wir wollen so Elementar- und Primarbereich weiter verzahnen und aufwerten, einen klaren Erwartungshorizont bis zum Ende des gemeinsamen Unterrichts aller Kinder in Klasse 4 formulieren und Eltern wie allen anderen am Werdegang der Kinder Beteiligten damit eine Orientierungshilfe für ihre jeweiligen Bemühungen bieten.

Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und Beeinträchtigungen stellt die Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große Herausforderungen. Zugleich sind die Anforderungen an die Managementfähigkeiten der KiTa-Leitungen gestiegen. Die Qualifizierung des Fach- sowie Führungspersonals in den Kindertageseinrichtungen ist deshalb eine bildungspolitische Schlüsselaufgabe. Vor diesem Hintergrund hatten sich FDP und CDU auf Initiative der Liberalen bereits im Koalitionsvertrag insbesondere auf das Ziel verständigt, die Qualifikation der Leitungspositionen in Kindertageseinrichtungen aufzuwerten. Seitdem haben sieben Hochschulen in Nordrhein-Westfalen Studiengänge zur Elementarbildung eingerichtet. Die FDP strebt an, dass bis 2015 ein **Hochschulstudium der Sozialpädagogik der frühen Kindheit** oder eine vergleichbare Qualifikation (zum Beispiel langjährige Berufspraxis in Verbindung mit nachgewiesenen Weiterbildungsmaßnahmen) die Regel für die Leitung einer Kindertageseinrichtung ist.

Nach den bisherigen Plänen der Koalition sollen sich 3.000 Kindertageseinrichtungen bis 2012 als **„Familienzentren“** zu Knotenpunkten des die Familien unterstützenden sozialen Netzes weiterentwickeln können. Dieser Qualitätsentwicklungsprozess hat neue Kooperationen etabliert und Kreativität freigesetzt. Deshalb wollen die Freien Demokraten allen Kindertageseinrichtungen, die dies wünschen, die Entwicklung zu einem Familienzentrum eröffnen. Wir streben an, dass jeder zweite Kindergarten ein Familienzentrum wird.

Der Kindergartenbesuch vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr ist inzwischen die erste Regelstation einer jeden Bildungsbiographie. Deshalb bekräftigen die Freien Demokraten ihr Ziel, spätestens in der kommenden Legislaturperiode im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung auf einen **Elternbeitrag** zu verzichten. Dadurch würden die durch die Steuer- und Abgabenpolitik der Großen Koalition in besonderer Weise belasteten Familien mit mittleren Einkommen, die unsere Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft tragen, endlich entlastet.

Zu einem pluralen Angebot zur Bildung und Betreuung kleiner Kinder gehören neben den freigemeinnützigen auch **privat-gewerbliche Träger**. Sie können zusätzliche Leistungen oder Qualitäten bieten und ergänzen die bestehende Einrichtungslandschaft. Das Kinderbildungsgesetz hat diese Kindertageseinrichtungen zwar erstmals in seinen Regelungsbereich aufgenommen, aber eine finanzielle Förderung ausgeschlossen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, Kommunen die Option einzuräumen, auch privat-gewerbliche Träger von Kindertageseinrichtungen finanziell wie freigemeinnützige Träger zu fördern, wenn sie den gleichen Qualitätsstandards genügen.